

551/J XXII. GP

Eingelangt am 18.06.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Johann Maier
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Bürgerfreundliche Verwaltung contra Zentralisierungs-Tendenzen des Bundes

Bürgermeister Dr. Heinz Schaden (Salzburg) warnte beim österreichischen Städtetag am 6. Juni 2003 in Linz vor Service-Verschlechterungen für BürgerInnen, so zum Beispiel bei der Vollziehung des Fremden- und Passgesetzes. Damit zerstört der Bund durch seine Zentralisierungs-Tendenzen beispielsweise Salzburger Erfolge bei der bürgerfreundlichen Abwicklung von verschiedenen Behördenverfahren.

Viele Beispiele zeigen auf, dass die Kommunen ihre „Hausaufgaben“ in Sachen Verwaltungsreform erfüllt haben. Verfahren werden rascher, bürgerfreundlicher, billiger, mit weniger Personal durchgeführt. Dies wird aber nun von Seiten des Bundes unterlaufen.

Die vorliegenden unsinnigen Vorgaben des Bundes würden die österreichischen Kommunen in verwaltungswirtschaftlicher Sicht um ein Jahrzehnt zurückwerfen.

Konkret nannte der Salzburger Bürgermeister Dr. Heinz Schaden dafür zwei Beispiele:

Fremdenbehörde - Vollziehung des Fremdengesetzes

„Die Fremdenbehörde der Stadt Salzburg hat es seit 1996 durch Verbesserungen im Verwaltungsablauf als österreichweit erste Fremdenbehörde geschafft, Anträge auf Verlängerung einer Niederlassungsbewilligung innerhalb einer Stunde zu erteilen.

Möglich wurde das durch:

- Zugriff auf EKIS
- Online-Verbindungen zum Hauptverband der Sozialversicherungsträger und zum ZMR
- Kein Schriftverkehr mehr
- Sofortiger Zugriff auf alle benötigten Daten.

Neben einer kundenfreundlichen Abwicklung unter Beachtung aller Sicherheits-Standards konnte auch eine Rationalisierungs-Effekt lukriert werden: Der Personalstand bei der Fremdenbehörde konnte von 16 auf elf MitarbeiterInnen reduziert werden. Für diese Erfolge wurde die Stadt Salzburg bekanntlich im Jahr 2000 im renommierten Qualitätswettbewerb der Verwaltungshochschule Speyer mit einem der Hauptpreise ausgezeichnet.

Durch eine Novellierung der Fremdengesetzes dürfen die „Vignetten“, die bisher als Nachweis der Niederlassungsbewilligung ausgestellt und in die Reisepässe eingeklebt wurden, nur mehr zentral durch die (privatisierte) Staatsdruckerei angefertigt werden.

Das hat für Salzburg zur Folge:

- Der Großteil der ca. 7.000 Verfahren jährlich in der Stadt Salzburg kann nicht mehr im one-stop-Verfahren abgewickelt werden. Der Antragsteller muss mehrmals zur Behörde kommen.
- Mit einer Bearbeitungszeit von acht Wochen muss gerechnet werden.
- Damit sind alle Bemühungen zunichte gemacht, und es herrschen dieselben Zustände wie vor 1996.
- Die Verfahren sind wesentlich länger, damit auch teurer. Zusätzlicher Schriftverkehr fällt an. Auch der Personalbedarf wird wahrscheinlich wieder steigen. Die Stadt hatte von 16 auf elf Mitarbeiter reduziert.
- Den Mehraufwand trägt die Fremdenbehörde, also die Stadtgemeinde."

Reisepässe - Vollziehung des Passgesetzes

„Ähnliches ist durch die Einführung des Hochsicherheitspasses etwa ab 2005 oder 2006 zu befürchten. Bekanntlich stellt das zu Jahresbeginn 2003 bei der Stadt in Betrieb genommene Passamt neue Reisepässe innerhalb von 15 Minuten aus. Die „Pass-Rohlinge“ stammen von der Staatsdruckerei. Gleichzeitig mit der von der EU bis 2006 terminisierten Einführung des „Hochsicherheitspasses“ will der Bund die Herstellung der Reisedokumente bei der Staatsdruckerei zentralisieren. Das wird für die Kundinnen und Kunden des Salzburger Passamts bedeuten:

- kein one-stop-Verfahren

- lange Wartezeiten
- Druckmonopol bei einem zentralen Konsortium privater bzw. privatisierter Unternehmer
- Die Städte und Gemeinden müssen einen Vertrag zwischen Innenministerium und der Staatsdruckerei erfüllen, den sie nicht kennen und auf den sie keinerlei Einfluss haben.
- Zahlen müssen die Städte und Gemeinden, leiden müssen die BürgerInnen

Der Bund begründet die Einführung des neuen Passes in erster Linie mit Sicherheits- bzw. mit technischen Argumenten. Tatsächlich wurden aber bei der Privatisierung der Staatsdruckerei Überkapazitäten geschaffen, die jetzt auf Kosten der Städte und Gemeinden offensichtlich gefüllt werden müssen. Auch unter Beachtung der erhöhten Sicherheitsstandards müsste auch künftig eine dezentrale Pass-Herstellung möglich sein."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie als ressortzuständiger und für die Vollziehung zuständiger Bundesminister die dargestellte Abwicklung des Fremdenrechts?
2. Ist es richtig, dass Vignetten dann nur mehr zentral durch die Staatsdruckerei angefertigt werden können?
3. Ist es richtig, dass derartige Verfahren dann nicht mehr im „one-stop-Verfahren“ abgewickelt werden können?
4. Ist es richtig, dass dann mit einer Bearbeitungszeit von acht Wochen gerechnet werden muss?
5. Teilen auch Sie die Auffassung, dass dadurch Mehrkosten anfallen (z.B. Personalkosten)? Wenn ja, wer hat für diese aufzukommen?
6. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen bzw. vorschlagen, dass Anträge auf Verlängerung einer Niederlassungsbewilligung weiterhin innerhalb einer Stunde erteilt werden können?

7. Ist es richtig, dass in Zukunft die Herstellung der Reisedokumente bei der Staatsdruckerei zentralisiert wird? Wenn ja, aus welchen Gründen?
8. Ist es richtig, dass Passausstellungen dann nicht mehr im „one-stop-Verfahren“ abgewickelt werden können?
9. Ist es richtig, dass ab diesem Zeitpunkt Bürgerinnen lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen?
10. Was wird Inhaltlich des Vertrages zwischen Innenministerium, Staatsdruckerei und den Städten sowie Gemeinden sein? Inwieweit können Städte und Gemeinden auf den Inhalt des Vertrages Einfluss nehmen?
11. Wer hat für die dadurch verursachten Mehrkosten aufzukommen?
12. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, bzw. vorschlagen, dass weiterhin eine dezentrale Pass-Herstellung (Hochsicherheitspass) unter Beachtung der vorgeschriebenen Sicherheitsstandards möglich ist?